Verhandlungen des Deutschen Reichstages.

Mb. Deutscher Reichstag.

12. Sitzung vom Sonnabend, 29. Mai.

Am Tisch des Bundesrats: Dr. Delbrück, Lisco, Dr. Helfferich.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung nach 10¼ Uhr.

Die Schutzgebietsrechnung für 1912 und die Anleihedenkschrift für die Schutzgebiete 1913 werden ohne Erörterung erledigt.

Die Miet- und Pachtforderungen.

Der Entwurf zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen steht zur zweiten Beratung.

Berichterstatter Dr. Junck (Ntl.)

gibt einen Ueberblick über den Gang der Kommissionsverhandlungen. Der Entwurf will den Beschwerden über die rechtliche Behandlung der Miet- und Pachtzinsforderungen aus beliehenen Grundstücken abhelfen. Obwohl die zurzeit bestehende Kreditnot in erster Linie in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und in besonderen nicht auf privatrechtlichem Gebiete liegenden Umständen ihre Erklärung findet, so ist doch anzuerkennen, daß infolge Ueberhandnehmen unlauterer Verfügungen über die einschlägigen Forderungen Mißstände zutage getreten sind. Die Kommission empfiehlt die unveränderte Annahme des Entwurfs, richtet aber zugleich an den Reichskanzler den Antrag, einen Zusatz zu § 569 BGB. zu erwägen und gegebenenfalls im Wege der Kriegsverordnung durchzuführen, wonach der Tod eines zum Kriegsdienst Eingezogenen seine Erben berechtigen soll, bei Mieten bis zu 1000 Mk. jährlich den Mietvertrag zum Schluß des auf den Tod folgenden Monats, bei höheren Mieten mit dreimonatiger Frist zum Schluß des Kalendervierteljahres zu kündigen. Entgegenstehende Vereinbarungen sollen nichtig sein.

Abg. Landsberg (Soz.)

begründet sozialdemokratische Abänderungsanträge. Bei der jetzt vorgeschlagenen gesetzlichen Regelung gerät der gutgläubige Mieter in die Gefahr, den Mietzins doppelt zu bezahlen. Deshalb muß der Mieter bei Zustellung des Beschlusses über die Beschlagnahme des Grundstückes über deren Rechtsfolgen hinsichtlich der Zahlung des Miet- oder Pachtzinses belehrt werden. Auf Hausshaltungsgegenstände und Möbel im Werte bis zu 2000 Mark darf eine etwaige Pfändung nicht Anwendung finden. Stirbt ein zum Kriegsdienst eingezogener Mieter, so muß die Möglichkeit vorhanden sein, das Mietsverhältnis zum Schluß des auf den Tod folgenden Monats zu kündigen, wenn der Mietzins höher als 1000 Mark jährlich ist, zum Schluß des auf den Tod folgenden Kalendervierteljahres. Eine kürzere Kündigungsfrist muß bestehen bleiben. Wir müssen immer bedenken, daß die Schieber bei jedem Gesetz Maschen entdecken werden, durch die sie schlüpfen können, aber wir können uns nicht darauf verlassen, daß ein Hinweis in dem Beschlagnahmeformular allein genüge, um den Mieter vor den ihm drohenden Nachteilen zu bewahren.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Lisco

gibt zu, daß für den Mieter gewisse Schwierigkeiten entstehen können, kann aber die vorgetragenen Bedenken im allgemeinen nicht als begründet ansehen.

Abg. Waldstein (Vp.):

Bisher war die Rechtslage viel durchsichtiger. Der Mieter zahlte an den ihm vom Gericht namentlich mitgeteilten Gläubiger. Erfolgte die Mitteilung im Wege der Zwangsverwaltung, dann war an den Zwangsverwalter zu zahlen, oder wenn eine Forderungspfändung zugunsten eines Hypothekengläubigers vorgenommen wurde, dann mußte an diesen gezahlt werden. In Zukunft wird dem Mieter einfach mitgeteilt, daß das Grundstück in Zwangsversteigerung und damit beschlagnahmt ist. Daß ein neuer Mietgläubiger vorhanden ist, wird nicht mitgeteilt. Im Augenblick der Erteilung des Zuschlags ändert sich das Eigentumsverhältnis und der Mieter muß an den neuen Eigentümer zahlen. So kann er ganz schuldlos in die Lage kommen, zweimal zahlen zu müssen. Etwas so Irreführendes, wenn man es voraussieht, darf man nicht einreißen lassen. In Hamburg und in Bayern hat man ja auch Rechtssysteme gefunden, die den Schiebern ihr Handwerk legten.

Abg. Arendt (Rp.):

Der städtische Grundbesitz ist stark überlastet. Wenn man Wünsche zu Anträgen verdichtet, muß man auch ihre praktischen Folgen erwägen. Wenn wir von staatswegen in private Rechtsverhältnisse schädigend eingreifen, sind wir auch zur Entschädigung verpflichtet. Bei Steuerfragen sind wir schon so verfahren. Ich erinnere an die Tabaksteuer. Wir wollen den Kriegern und ihren Familien Nahrung, Kleidung und Wohnung sicherstellen, können aber die Wohnung nicht ausschließlich auf Kosten eines anderen Teils der Bevölkerung sicherstellen. Wir müssen auch die Hauswirte in ihrem Interesse schützen und einen gerechten Ausgleich schaffen.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Herr Waldstein unterschätzt die List und Findigkeit der Schieber; sie werden immer einen Ausweg finden. Auch wenn der gutgläubige Schuldner zum Rechtsanwalt geht, ist er vor dem Schieber nicht sicher. In das Gesetz muß eine Belehrung als Soll-Vorschrift aufgenommen werden.

Abg. Dr. Bell (Zentr.):

Eine Belehrung halten auch wir für wünschenswert, aber nicht in der Form einer Sollvorschrift. Belehrungen in dieser Form finden sich, abgesehen von der Versicherungsordnung, die hier nicht zum Vergleich heranzuziehen ist, in unserer ganzen Gesetzgebung nicht.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird in der allgemeinen Form angenommen, daß dem Beschluß, durch den die Zwangsversteigerung angeordnet wird, bei der Zustellung an die Mieter oder Pächter eine Belehrung über die Bedeutung der Beschlagnahme beigefügt werden soll. Mit dieser Aenderung wird der Artikel I, der sich auf die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung bezieht, angenommen.

Der Artikel II enthält die einschlägigen Aenderungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Hierzu beantragen die Sozialdemokraten: 1. Das Pfandrecht des Vermieters an den eingebrachten Sachen des Mieters nach § 559 B. G. B. soll sich nicht auf Haushaltungsgegenstände und Möbel im Werte bis zu 2000 Mk. erstrecken. 2. Die Abkürzung der Kündigungsfristen im Falle des Todes eines zum Kriegsdienst eingezogenen Mieters soll in das Gesetz selbst aufgenommen und nicht nur dem Reichskanzler in Form einer Resolution unterbreitet werden.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.)

begründet die Anträge. Das Gläubigerpfandrecht des Hausbesitzers muß an einer Minimalsumme Halt machen. Der Arbeiter kann während des Krieges vielfach seine Miete nicht entrichten und gerät so in Schulden bei dem Vermieter. Mit unserem Antrage wollen wir verhüten, daß nach dem Kriege alles Mobiliar, das nicht schon nach den bisherigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches für unpfändbar erklärt ist, zugunsten des Gläubigers versteigert werden kann. Als geeignete Grenze, innerhalb deren ein Schutz gegen die Versteigerung zu schaffen ist, sehen wir die Summe von 2000 Mk. an. Keine Familie, deren Oberhaupt in der Schlacht fällt, darf in Ungemach geraten, weil der Vermieter sie nicht aus dem Mietsvertrag entläßt. Deshalb muß die Schutzvorschrift der Kommission in das Gesetz selbst aufgenommen werden.

Staatssekretär Dr. Lisco:

Die Anträge dürften insofern überflüssig sein, als ja, wie sich aus der Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges ergibt, für den Schutz der Angehörigen der Kriegsteilnehmer schon Vorsorge getroffen ist. Sollten sich hier später irgendwelche Schwierigkeiten herausstellen, so werden wir den Wünschen des Hauses entsprechen und für Abhilfe sorgen.

Abg. Waldstein (Vp.):

Ich bitte, die Anträge der Sozialdemokraten abzulehnen. Für das, was ihr zweiter Antrag bezweckt, genügt die Form der Entschließung. Die Einschränkung des Pfandrechtes des Vermieters an den eingebrachten Sachen, soweit sie nicht 2000 Mark übersteigen, führt zu unerwünschten Folgen. Nehmen Sie nur an, daß sich ein Junggeselle für etwa 2000 Mark einrichtet: Soll dann diese Einrichtung unpfändbar sein?

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. Die übrigen Abänderungen des Bürgerlichen Gesetzbuches werden unverändert nach der Vorlage angenommen. Der Rest des Gesetzentwurfes wird ohne Erörterung erledigt. Das Gesetz soll am 20. Juni in Kraft treten.

Die Entschließung der Budgetkommission wird angenommen. Die zu dem Gesetzentwurf vorliegenden Petitionen werden ohne Erörterung erledigt.

Die dritte Beratung des Entwurfes wird solange ausgesetzt, bis die Zusammenstellung der Beschlüsse gedruckt vorliegt.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über die ihm zur Durcharbeitung nach sozialen Gesichtspunkten überwiesenen Gesetze über die Versorgung der Personen der Unterklassen des Heeres und der Marine und das Militärhinterbliebenengesetz.

Der Ausschuß hat sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigt und legt folgende Anträge vor:

Der Reichstag nimmt Kenntnis von der vom Reichsschatzsekretär im Namen der verbündeten Regierungen abgegebenen Erklärung, daß die verbündeten Regierungen einer Berücksichtigung der Arbeitseinkommen beider Versorgungen von Teilnehmern an dem jetzigen Kriege und ihrer Hinterbliebenen neben den ihnen nach der geltenden Versorgungsgesetzgebung zustehenden Bezügen grundsätzlich zustimmt. Der Reichstag nimmt weiter Kenntnis von der Erklärung des Schatzsekretärs, daß die sich aus der Beratung des Ausschusses ergebenden Gesichtspunkte für die Durchführung der Maßnahmen bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes eingehend erwogen und nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen, und ferner daß die grundsätzliche Zustimmung der verbündeten Regierungen zur Gewährung von Zusatzrenten für Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern ihren praktischen Ausdruck darin finden werde, daß dem Reichstag ein diesen Gegenstand ordnender Gesetzentwurf zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt zugehen werde, und der Schatzsekretär sich dafür einsetzen werde, daß die Vorlage des Gesetzentwurfes in der ersten Tagung des Reichstages nach Friedensschluß erfolgt.

Abg. Meyer-Herford (natl.)

berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Reichstag hat es für eine Ehrenpflicht gehalten, in ausreichender Weise für die Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen zu sorgen. Das ist die Pflicht des Vaterlandes, und dieser Pflicht wird sich niemand entziehen. Einmütig hat der Ausschuß auch dem Gedanken zugestimmt, daß bei der Versorgungsberechnung auch das Einkommen berücksichtigt werden kann. Vielleicht wird bei manchen eine Enttäuschung darüber bestehen, daß noch keine Vorlage mit bestimmten Entschädigungen gemacht werden konnte. Es war aber noch nicht möglich. Jedenfalls wird die Vorlage, wenn sie kommt, rückwirkende Kraft erhalten müssen für sämtliche Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen. Möge Gott uns den Sieg in diesem heißen Ringen geben; wir aber wollen versprechen, nach Kräften für unsere Kriegsinvaliden und die Kriegshinterbliebenen des deutschen Volkes zu sorgen. (Beifall.)

Abg. Hoch (Soz.):

Wenn jetzt Bedenken laut werden: was jetzt im Reichstage geschehe, seien nur Versprechungen, deren Erfüllung zweifelhaft sei, so ist das begreiflich. Nach den Erklärungen der Regierung, namentlich des Schatzsekretärs, und nach der ganzen Stimmung des Reiches können wir aber fest überzeugt sein, daß die Versprechungen auch eingelöst werden. Besondere Beachtung verdient das Los der unehelichen Kinder, deren Erzeuger fällt. Auch die Lage der Eltern, die von ihren Kindern bisher unterstützt wurden, und vor allem diejenigen, die in Zukunft der Unterstützung bedürfen, und denen nun durch den Tod ihres Sohnes die Stütze des Alters genommen wird, erfordert unser wärmstes Interesse. Dann soll die Höhe der Rente nach dem bisherigen Einkommen bemessen werden. Ich fürchte, daß hierbei die Akademiker besser wegkommen werden, als die kleinen Bauern, die kleinen Geschäftsleute und die Arbeiter. Da wird man vielleicht sagen: die Frau kann ja noch arbeiten. Je trauriger aber die wirtschaftliche Lage einer Familie ist, desto schwerer trifft sie jede Einbuße. Die Sätze der Rente sollen bei den Invaliden nach dem Grade der Arbeitsunfähigkeit abgestuft werden; sie müssen aber nach einer gewissen Karenzzeit dauernd belassen bleiben. Die guten Absichten der Regierung dürfen nicht durch eine falsche Handhabung von den nachgeordneten Behörden durchkreuzt werden. Die Festsetzung der Renten muß erfolgen wie bei der Unfallversicherung. Hierbei muß man Männer hinzuziehen, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich:

Ich darf mir wohl versagen, auf die Einzelheiten der Ausführung des Abg. Hoch einzugehen. Ich möchte nur in Antwort auf seine Ausführungen auch hier im Plenum des Reichstages feststellen, daß die verbündeten Regierungen mit dem Reichstag in der Anerkennung der Ehrenpflicht, nach bestem Können für die Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen zu sorgen, durchaus einig sind. Hierin besteht zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag und, soweit ich mich bei den Verhandlungen in der Kommission habe überzeugen können, auch zwischen den einzelnen Parteien, die hier im Reichstage vertreten sind, vollkommene Uebereinstimmung. Die Meinungsverschiedenheiten, die in der Kommission zur Sprache gekommen sind, liegen auf anderen Gebieten, namentlich auf dem Gebiete der technischen und finanziellen Durchführung. Die Gründe, aus denen es den verbündeten Regierungen im Augenblick noch nicht möglich erscheint, mit einer definitiven Ordnung der Materie vor den Reichstag zu treten, habe ich in der Kommission eingehend entwickelt. Ich will nur wiederholen: Zugesagt worden ist, daß entsprechend den Wünschen, die in der Kommission geäußert worden sind und die in den Anträgen der Kommission ihren Niederschlag gefunden haben, bei der künftigen Regelung der Renten das Arbeitseinkommen mit einer Zusatzrente neben der normalen Rente berücksichtigt werden soll, wobei wir das Wort Arbeitseinkommen gar nicht kleinlich auffassen, sondern den Bedürfnissen in weitem Umfange Rechnung tragen wollen.

Aus dieser prinzipiellen Uebereinstimmung der Meinungen werden die verbündeten Regierungen ihre Konsequenzen ziehen, die darin bestehen, daß, sobald es möglich ist, dem Reichstage eine Vorlage zugehen wird, die die Materie endgültig regelt. Weiter ist zugesagt worden, daß auch für die Zwischenzeit bis zur Erledigung der Frage beim ersten Zusammentreten des Reichstages nach dem Friedensschlusse aus dem zur Verfügung stehenden Fonds Unterstützungen in weitestem Maße gewährt werden sollen. Endlich ist zugesagt, daß alle Anregungen, die bei der Beratung dieser Materie gegeben werden, geprüft werde und daß sie, soweit es sich irgendwie machen läßt, bei der endgültigen Regelung der Materie ihre Berücksichtigung finden sollen und werden. (Beifall.)

Abg. Liesching (Vp.):

Die Zahl der Genesungsheime muß noch vermehrt werden. Ebenso bedarf die Krüppelfürsorge, in der wir bereits ausgezeichnete Fortschritte gemacht haben, noch des weiteren Ausbaues. Dadurch können wir die Arbeits- und Erwerbsfähigkeit dieser im Felde verletzten Krieger wiederherstellen oder in neue Bahnen lenken. Auch durch die Hergabe von Rentengütern kann den im Kriege Verletzten vielfach die Zukunft erleichtert werden. Sehr wertvoll wäre es gewiß, wenn wir jetzt auch schon die finanzielle Entschädigung der Kriegsinvaliden in vollem Umfange gesetzlich durchführen könnten; aber die Folgezeit und die Summe der Erfordernisse läßt sich heute noch zu wenig überblicken. Immerhin dürfte man bei der Gewährung der Zusatzrente nicht kleinlich verfahren. Alle Funktionen haben den Wunsch, daß bei der Rentenbemessung finanzielle Gesichtspunkte soweit wie möglich zurücktreten. Das Feststellungsverfahren soll einfach, aber kontradiktorisch sein; der Verletzte muß mit seinen Anträgen in jedem Falle unbedingt angehört werden. Daß wir das unsrige tun müssen, auch in der Hinterbliebenenfürsorge allen sozialen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, — darüber ist sich das ganze Haus einig.

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Der Gedanke, daß eine Familie, die den Mann, den Vater auf dem Altar des Vaterlandes geopfert hat, nun auch noch drückende Not leiden soll, ist am schwersten zu tragen. In vielen Fällen hatte sich der Gefallene eine höhere soziale Stellung errungen, ohne irgend welches Vermögen ansammeln zu können. Man denke an die vielen Angestellten, an die gehobenen Arbeiter, an Angehörige der freien Berufe, die als Reserveisten, Freiwillige oder Landsturmmänner ins Feld gerückt sind. Da dürfen die Bezüge der militärischen Charge für die Hinterbliebenenversorgung nicht allein maßgebend sein, sonst werden diese Hinterbliebenen aus der gehobenen Stellung in das Proletariat herabgedrückt. Bei der Unmöglichkeit, schon alles gesetzlich zu regeln, haben wir den Wunsch, daß wenigstens dieser Punkt herausgegriffen wird. Es muß auch für die Festsetzung der Hinterbliebenenrente der Arbeitsertrag des Gefallenen berücksichtigt werden. Wir wollen wenigstens den Grundsatz gewahrt wissen.

Damit schließt die Aussprache. Die Erklärungen der Regierung werden nach den Vorschlägen des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

Das Gesetz über die Mietzinsforderungen wird in dritter Lesung angenommen

Es folgt der Bericht der Kommission über die

Aufstellung eines Kriegswirtschaftsplanes für das Erntejahr 1915/16,

über die freie Eisenbahnfahrt bei Beurlaubungen und zu diesen Fragen gestellte Bittschriften.

Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) wird zunächst die Aussprache über zwei Bittschriften eröffnet, die Vorschläge für Friedensverhandlungen enthalten.

Abg. Dr. Stresemann (Natl.)

beantragt als Berichterstatter Uebergang zur Tagesordnung über diese Bittschriften.

Abg. Ebert (Soz.):

Oesterreich-Ungarn hat sehr weitgehende Zugeständnisse an Italien gemacht, Zugeständnisse, die den ernsten Willen stark zum Ausdruck brachten, die Schwierigkeiten friedlich beizulegen. Bei einigermaßen gutem Willen Italiens hätte der Friede erhalten werden können. (Sehr richtig.) Aber man wollte in Italien den Krieg. Das bisher uns verbündete italienische Volk ist frivol in die Schrecknisse des Krieges hineingestürzt worden. (Sehr richtig.) Man wollte nicht nur die Angliederung der italienischen Sprachgebiete Oesterreichs an Italien, die man ohne Schwertstreich haben konnte, sondern man wollte weit darüber hinaus Machterweiterung, sogar mit Vergewaltigung fremdsprachiger Gebiete. (Sehr richtig!) Italien führt also keinen Verteidigungskrieg, sondern einen Angriffs- und Eroberungskrieg. (Zustimmung.) Mit dieser Auffassung befinden wir uns in Uebereinstimmung mit unseren tapferen Parteigenossen in Italien, die alles getan haben, auch im Parlament, um das Unheil des Krieges von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150530020/fragment/page=0001

ihrem Lande und ihrem Volke fernzuhalten und Italien zu einem Friedensfaktor für Europa zu machen. (Beifall.)

Man werden neue Hunderttausende auf die Schlachtfelder geführt. Unser Land, das schon seither gegen eine Uebermacht zu Lande und zu Wasser stand, wird vor eine neue blutige Kraftprobe gestellt. In dieser Stunde gesteigerter Gefahr bekennen wir uns rückhaltslos zu dem, was wir am 4. August und späterhin erklärt haben. (Lebhafter Beifall.) Wir stehen zu unserem Volke! (Erneuter lebhafter Beifall.) Einmütig wird das deutsche Volk seine ganze Kraft einsetzen, um dieser neuen Gefahr Herr zu werden und unser Land zu schützen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Aber wir beklagen es tief, daß mit dieser Verschärfung des Krieges die aufkeimenden Hoffnungen auf baldigen Frieden in weitere Ferne gerückt sind. Unerhört sind die Opfer an Menschenleben in allen Ländern. Unermeßliche Kulturgüter sind vernichtet. Mehr und mehr macht sich überall das Verlangen geltend, dem Entsetzen endlich ein Ende zu machen. Aber trotz dieser verschärften Situation glauben wir, getreu unserer sozialistischen Weltanschauung, auch heute dieser Friedenssehnsucht Ausdruck geben zu sollen. Wir wissen uns in Uebereinstimmung mit großen Schichten aller Völker dabei, die mit uns einen Frieden ohne Vergewaltigung eines anderen Volkes erstreben, einen Frieden, der ein dauerndes Zusammenwirken aller Kulturvölker wieder ermöglicht. (Beifall b. d. Soz.) Darum wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen diejenigen Bestrebungen, die den Frieden von allerlei Eroberungen abhängig machen wollen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wir haben von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß wir jeden Eroberungskrieg verurteilen. An dem halten wir fest. (Zustimmung b. d. Soz.) Angesichts der glänzend betätigten wirtschaftlichen und militärischen Widerstandskraft unseres Volkes und angesichts der durch unsere tapferen Volksgenossen erkämpften günstigen Kriegslage kann dieses Aussprechen des Friedensgedankens von niemand als Schwäche gedeutet werden. (Zustimmung b. d. Soz., Widerspruch rechts.) Unser Volk hat Gewaltiges in diesem Kriege geleistet. Draußen vor dem Feinde und daheim hat es alles darangesetzt, um seine Pflicht zu tun. Alle Heerführer bekunden ihre Hochachtung vor der Masse. So schrieb kürzlich ein bürgerlicher Kollege. Ein anderes Mitglied des Hauses sagte: „Das ganze Volk ist ein Held." Einem solchen Volk darf nicht länger vorenthalten werden, was es sich längst erworben hat, worauf es längst berechtigten Anspruch hat, was es längst besitzen müßte: Gleichberechtigung aller auf allen Gebieten. (Sehr richtig! links.) Gleiche Entwicklungsmöglichkeit für jeden. (Erneute Zustimmung links.)

Nur so wird es möglich sein, unserem innerpolitischen Leben eine gesunde Basis zu geben. Nur so wird es allen Volksgenossen möglich sein, freudig mitzuarbeiten an den gewaltigen Arbeiten auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet, die das deutsche Volk nach dem Kriege erfüllen muß. (Sehr richtig! links). Entschlossen, unser Vaterland in diesem Sinne zu einem wohnlichen Haus für alle auszubauen, wehren wir jede Gefahr von außen mit allen Kräften ab. Niemals haben wir Sozialdemokraten einen Zweifel darüber gelassen, daß wir mit unserem Volke für unsere wirtschaftliche und politische Selbstbehauptung alles einsetzen werden. (Lebh. Beifall.) Das gilt vor allem heute, wo durch den Beitritt der letzten europäischen Großmacht zur Koalition unserer Feinde dieser Krieg ein Riesenkampf für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes geworden ist. (Lebh. Beifall.)

Abg. Graf **Westarp** (Kons.):

Uns scheint keine Notwendigkeit vorzuliegen, auf die Vorgeschichte der italienischen Kriegserklärung jetzt einzugehen. Der Reichskanzler hat das gestern in so klarer und eindrucksvoller Weise getan, daß sich jedes weitere Wort darüber erübrigt hätte. (Zustimmung rechts.) Was mich zwingt, gegen unsere Absicht das Wort zu ergreifen, ist der Umstand, daß die Herren Sozialdemokraten den heutigen Tag für geeignet erachtet haben, von neuem ihren Standpunkt auszusprechen, nach welchem der Friede unter keinen Umständen von „Eroberungen" — wie sie es nennen — also von Gebietserwerbungen abhängig gemacht werden soll. (Sehr richtig! bei den Sozd.) Warum dieser Standpunkt heute ausgesprochen werden mußte, ist mir nicht klar ersichtlich. (Zustimmung rechts. Widerspruch bei den Sozd.) Der Standpunkt war bekannt. Die Wahl des Augenblicks aber, in dem die Sozialdemokraten es für möglich gehalten haben, diesen Standpunkt noch einmal auszusprechen, bedauern wir. (Sehr richtig! rechts. Zurufe bei den Sozd.)

Wir sind der Ansicht, daß dieses Aussprechen in dieser gegenwärtigen ernsten Stunde alles eher sein kann als nützlich. (Sehr richtig rechts. Widerspruch b. d. Soz.) Die Sozialdemokraten haben in ihrer früheren Erklärung gesagt, daß sie diesen Standpunkt einnehmen in Uebereinstimmung mit der Internationale. Ob sie noch heute der Ansicht sind, daß solche volle Uebereinstimmung der Internationale auch in den feindlichen Ländern besteht, das will ich ihrem eigenen Urteil überlassen. (Sehr gut! rechts.) Das eine aber glaube ich aussprechen zu müssen: Nach unserer Auffassung sind Grundsätze der Internationale im gegenwärtigen Augenblick für solche Fragen absolut gleichgültig, absolut unverständlich. (Zustimmung rechts, Widerspruch b. d. Soz.) Die Ausführungen der Sozialdemokraten zwingen uns aber, die gegensätzliche Auffassung, von der wir ausgehen, auch heute hier zum Ausdruck zu bringen. Ein Konfentieren durch Schweigen können wir in diesem Falle unmöglich zulassen. Wir sind der Meinung, daß es geradezu eine Lebensfrage ist, eine solche Schädigung deutscher Länder, wie wir sie in Ostpreußen und im Elsaß erlebt haben, unter keinen Umständen wiederzulassen. (Lebh. Zustimmung.)

Wir sind der Meinung, daß wir uns vollständig zu stellen haben auf den Standpunkt der Erklärung, die der Reichskanzler gestern ausgesprochen hat. (Zustimmung.) Wir sind der Ueberzeugung, daß es darauf ankommt, alle Garantien und Sicherheiten zu schaffen. (Lebh. Zustimmung.) Wir sind der Auffassung, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn ausschließlich die eigenen wirtschaftlichen, politischen und die militärischen Interessen des Reiches maßgebend sind, und daß wir auch von denjenigen Gebietserwerbungen nicht zurückrecken dürfen, die hierzu nötig sind. (Lebh. Zustimmung rechts.) Der sozialdemokratische Redner hat weiter es für notwendig erachtet, auch innerpolitische Forderungen bei diesen Petitionen zum Auswärtigen Amt zur Sprache zu bringen. Auch diese Aeußerungen können als zeitgemäß nicht erachtet werden. (Zust. rechts, Widerspruch b. d. Soz.)

Die immer wiederholte Forderung, es möge nun endlich Gleichberechtigung allen Volkskreisen gegeben werden, gibt der im guten oder schlechten Glauben im Auslande verbreiteten Auffassung Nahrung, als wäre unser Volk in Unzufriedenheit, als wäre ihm die Gleichberechtigung versagt. Wir haben die heutige Auseinandersetzung nicht gewollt. Wir sind dazu gezwungen worden und schieben die volle Verantwortung den Sozialdemokraten zu (Widerspruch b. d. Soz.), die diese Auseinandersetzung herbeigeführt haben. Im übrigen handelt es sich bei diesen Auseinandersetzungen um Fragen der Zukunft. Das Eine steht fest, und wird auch durch diese Auseinandersetzungen nicht berührt und nicht in Frage gestellt, und das ist, daß auch die italienische Kriegserklärung nichts weiter ist als ein neuer Hammerschlag, mit dem die volle Einmütigkeit unseres ganzen Volkes, mit dem unser fester Entschluß zu jedem Opfer, mit dem unser fester Wille zum Siege stahlhart gehämmert wird. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Schiffer** (natl.):

Der Abgeordnete Graf Westarp hat mit der Betonung der vollen Einmütigkeit unseres ganzen Volkes geschlossen. Ich habe aus der Rede des Abgeordneten Ebert in der Hauptsache auch nichts anderes herausgehört als ein Bekenntnis zum deutschen Volke. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sozialdemokratie hat Veranlassung genommen, vor dem In- und Auslande festzustellen, daß sie an ihrer Haltung vom 4. August nichts zu ändern hat. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Sie hat betont, daß ihre damalige Haltung nicht das Ergebnis momentaner Stimmungen gewesen ist, sondern daß diese Haltung in ihrer Auffassung begründet ist, die sie auch jetzt noch betätigt hat. (Sehr richtig.) Das ist eine Erscheinung, die wir mit Freuden begrüßen können und begrüßen. Es ist das, was ja schließlich unser ganzes Volk jetzt zeigt. Unser Volk ist sich selbst treu. Wenn die Begeisterung in den ersten Tagen des Weltkrieges groß war, noch größer ist vielleicht die stille und starre Entschlossenheit, die unser Volk jetzt in allen Wechselfällen des Krieges in Opfern kund tut. (Beifall.) Es gibt vielleicht nichts Ergreifenderes, als den würdevollen Stolz, als die tiefe Ruhe, in der unser Volk die italienische Kriegserklärung aufnimmt. Daß wir Achtung haben vor dem fremden Volke, daß wir keine Ausschreitungen begehen wie sie in diesen Tagen in Italien vorgekommen sind, das sichert unserem Volke nicht nur seine Stellung als Kulturträger, sondern ist eine Pflicht, die seine Vaterlandsliebe ihm auferlegt. Das zeigt, daß wir nicht von Tagesstimmungen abhängig sind, daß wir diesen Leidensweg beschreiten werden aus der tiefinnersten Ueberzeugung unseres Herzens, daß wir das Ziel erreichen müssen, das wir uns gesteckt haben. (Zuruf b. d. Soz.: Welches Ziel?)

Hier besteht allerdings zwischen der Auffassung der Sozialdemokraten und der unserigen eine Kluft. Nachdem das hier einmal ausgesprochen ist, können auch wir das sagen. Gewiß, wenn die Sozialdemokratie die Eroberungspolitik verwirft, so ist das ganz unsere Auffassung, und auch wir wollen keine Eroberungen. Es ist keine Rede davon, daß wir napoleonische Eroberungstendenzen verfolgen. Aber die unerhörten Opfer an Blut und Gut verlangen ein Entgelt. Nicht als ob ein Land, eine Menge Gold ein Entgelt für alle Leiden sein könnte, sondern nur in dem Sinne, daß uns durch die Opfer an Gut und Blut die Verpflichtung auferlegt wird, dafür zu sorgen, daß die, die gestorben sind, nicht umsonst gestorben sind. (Lebh. Beifall und Händeklatschen.)

Wir sind es unseren teuren Gefallenen schuldig, daß wir wenigstens kommenden Geschlechtern einen festen Wall gegenüber allen denjenigen aufrichten, die uns jetzt überfallen haben. Das ist der Unterschied, daß wir nicht in alte deutsche Träumereien zurückfallen wollen (lebh. Zustimmung), daß wir nicht um irgend welcher Theorien willen von Völkerfreundschaft auf irgend etwas verzichten, was durch die Situation uns in die Hände gegeben ist. (Erneute Zustimmung.) Niemand denkt daran, aus der Situation mehr herauszuholen, als in ihr enthalten ist. Aber es muß unsere Aufgabe sein, die militärische Situation bis zum letzten auszuschöpfen, lediglich unter dem Gesichtspunkt realer Sicherheiten für den Frieden. (Lebh. Beifall.) Wenn diese realen Sicherheiten eine Erweiterung unserer Grenzen verlangen, wenn militärische Notwendigkeiten es geboten erscheinen lassen, diese Grenzen anders zu gestalten, um weniger Blutopfer bringen zu müssen, so holten wir es für eine tief sittliche Pflicht, darauf zu bestehen, daß diese Veränderung der Grenzen stattfindet. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit. Abg. Liebknecht (Soz.): Kapitalsinteressen! Große Unruhe. Lebh. Rufe b. d. Mehrheit: Pfui Verräter!) Hier, wo Unzählige geblutet haben, von Kapitalsinteressen zu sprechen, ist unglaublich. Wer hat das gesagt?

Präsident Dr. **Kaempf**:

Ich habe nicht gehört, von wem der Zwischenruf gekommen ist. Ich bitte den Herrn, sich zu melden.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.):

Ich habe das Wort gesprochen. (Große Unruhe und stürmische Rufe: Pfui. Schämen Sie sich!)

Abg. **Schiffer** (natl.):

Wir werden uns dadurch nicht beirren lassen. Das Volk wird wissen, was es von Ihnen zu halten hat. (Lebh. Zustimm.) Das ganze Volk kennt noch wie vor keine Parteiinteressen dem Auslande gegenüber, sondern es steht in Blut und Not und Tod einig zusammen, wie wir das vorhin gehört haben. Später werden wir zum gemeinsamen Ziele vielleicht verschiedene Wege gehen müssen, aber vorläufig können wir uns den Luxus verschiedener Meinungen noch nicht gestatten. Bis zum Ziele, bis zum Siege — und um den kategorischen Imperativ des Sieges kämpfen wir — ist vielleicht noch ein langer und blutiger Weg. Aber diesen langen, blutigen Weg wollen wir allesamt in deutscher Treue zusammen gehen. (Stürmischer lang anhaltender Beifall.)

Abg. **Scheidemann** (Soz.):

Graf Westarp hat sich hier angemaßt, sich uns gegenüber als Lehrer aufzuspielen. Das weisen wir ganz entschieden zurück. Wir sagen das, was wir notwendig halten nach unserer eigenen Ueberzeugung, ganz gleichgültig, ob das dem Grafen Westarp angenehm ist oder nicht. Wenn wir einen Redner hier Ausführungen in gewissem Sinne machen ließen, so ist das nicht im letzten Sinne deshalb geschehen, um Reden, die außerhalb des Hauses gehalten worden sind, und die wir für sehr töricht hielten, und die uns im Auslande schaden konnten, zurückzuweisen. (Beifall.) Wenn Graf Westarp behauptet hat, im gegenwärtigen Augenblick sei für internationale Grundsätze kein Raum, so erklären wir, daß es sich hier bei unseren Darlegungen gleichfalls um das höchste nationale deutsche Interesse handelt. Glauben Sie etwa, daß alle internationalen Fäden zwischen Kunst-, Wissenschaft- und Kulturfragen immer zerrissen bleiben sollen? Daran kann kein vernünftiger Mensch denken. Graf Westarp hat den Reichskanzler für seine Ueberzeugung reklamiert. Ich für meine Person glaube, daß er dem Reichskanzler Unrecht getan hat. Ich glaube, daß der Reichskanzler bei dem stehen wird, was in der Thronrede gesagt ist, nämlich: Wir führen keinen Eroberungskrieg. Mit Recht hat Herr Schiffer eine ganze Anzahl von Aeußerungen des Grafen Westarp direkt abgeschüttelt, in einer Weise, für die wir ihm unsere volle Anerkennung aussprechen. (Heiterkeit.)

Was Ebert aussprach, war in der Tat das Bekenntnis zu dem, was wir am 4. August und dann später bekannt haben, zu dem, was wir in diesen zehn schweren Monaten gemeinschaftlich mit Ihnen hier geschaffen haben. Ist aber das Ziel der Sicherung erreicht und der Gegner zum Frieden geneigt, dann soll man das nicht ablehnen. Der beste Wall ist, abgesehen von dem Entschlusse des ganzen Volkes, das Vaterland zu verteidigen, der Wille, in Zukunft dauernd mit unseren Nachbarn in Frieden zu leben. Das geht aber nicht, wenn man ihnen ihre Selbstbestimmung genommen hat.

Eine unerfreuliche Nebenerscheinung der Jetztzeit ist die Zensur. Diese Frage ist von der denkbar größten Bedeutung auch für die Einheit des Volkes, die nicht durch törichte Verordnungen gestört werden soll. Gewiß ist es notwendig, daß die Presse sich gewisse Beschränkungen auferlegt. Die Bestimmungen des Spionagegesetzes reichen aber hier aus. Jetzt sind aber die Machtbefugnisse der kommandierenden Generale geradezu unbeschränkt. Das geht in vielen Fällen über die Hutschnur. Vielfach nimmt das ganze Zensurverfahren geradezu komische Formen an, die zum Zorn reizen müssen. Die Zensur ist oft willkürlich und parteilich. Das ist das schlechteste, was ich sagen muß. Man hat sogar die Berichte des Generalstabs, die Mitteilungen des Hauptquartiers korrigiert. Ein Reklameplakat des „Vorwärts" wurde verboten, weil es einen Bären zeigte, der eine phrygische Mütze mit der deutschen Kokarde trug. Besonders eigenartige Zustände herrschen im Bezirk des VII. Armeekorps. Ich mache dem General von Gahl selbst für die Verordnungen nicht verantwortlich, wohl aber seine Ratgeber.

Im „Tag" erschien ein Artikel gegen die Maulhelden und die Stubenstrategen, ein gleicher Artikel wurde von Brentano veröffentlicht. Wegen dieser Artikel wurde die sozialdemokratische Presse, die sie nachdruckte, in schwerer Weise gemaßregelt. Beim General von Gahl soll eine schwarze Liste sein, auf der neben nationalliberalen Herren auch mein Name steht. Diesen Herren soll verboten sein, zu Wort zu kommen, weil sie sich über Kriegsziele ausgelassen haben. Das sind törichte Blüten. Und wie politisch unklug wird gehandelt. Man wirft einigen Blättern für harmlose Artikel vor, daß sie hochverraten begehen usw. Das müssen sie dann an der Spitze des Blattes ohne Zusatz abdrucken. Auf diese Weise kann im Auslande tatsächlich der Eindruck erweckt werden, als ob so etwas in Deutschland wirklich vorkommen würde.

In Elberfeld wurde eine Neuausgabe einer Zeitschrift, die 20 Jahre lang erschienen ist, wegen Besprechung von Friedensfragen verboten, mit der Begründung, es sei eine neue Zeitschrift, die besonderer Genehmigung bedurft hätte. Besonders ungerecht dabei war, daß der verheiratete Redakteur verhaftet wurde. Im Verlag des Genossen Mollenbuhr erscheint die „Freie Presse". Der Druckerei wurde verboten, daneben irgend welche Druckarbeiten auszuführen. Nicht einmal eine Besuchskarte darf sie herstellen. Auch die städtischen Aufträge entgehen ihr dadurch. In Münster wollte man einen Schriftleiter zwingen, eine Berichtigung zu bringen, die den Anschein erweckte, als gehe sie von ihm aus, obwohl er die Richtigkeit dessen kannte, was gelesen werden sollte. Es ist auch verboten worden, aus in Zeitungen erschienenen Prozeßberichten über den Feldgrauen eine Broschüre zusammenzustellen mit der Begründung, es könnte dadurch unter Umständen das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtspflege erschüttert werden.

Der „Bergarbeiter-Zeitung" wurde eine Propagandanummer im Voraus verboten, die der Zensur noch gar nicht vorgelegt worden war, was auf eine vorausgegangene Angeberei schließen läßt. Die Zensur arbeitet zu langsam. Was Blätter anderer Richtung gebracht haben, können die unter Präventivzensur stehenden sozialdemokratischen Zeitungen manchmal erst eine Woche später bringen. Die Zivilbehörden können gegenüber den kommandierenden Generälen so gut wie nichts erreichen. Ja, die Herren brüsten sich damit, daß sie auf Beschwerden auch von Abgeordneten nichts zu geben brauchen. Deshalb muß den Generälen eine Aufsichtsstelle in Berlin gegeben werden, die die größten Ungerechtfertigkeiten beseitigt. Die Zivilbehörden haben sich die Sache leider aus der Hand nehmen lassen, indem sie der Verhängung des Belagerungszustandes nicht genügend Widerstand entgegensetzten. Nun können sie sich beschwerdeführend an den Kaiser wenden, er möge den Generalen raten, sich nicht gar zu viel von ihren Beratern einbrocken zu lassen. Die Auswahl dieser Berater ist ja sehr kurzsichtig gewesen. Durch all das sündigt man an der Geschlossenheit des Volkes.

Die Besprechung schließt.

Die Petitionen werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Abg. Graf **Westarp** (Kons.)

berichtet dann über die Verhandlungen der Kommission über die Aenderung des § 51 des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Eine Anrechnung der Militärdienstjahre wie bei der Invalidenversicherung ist nicht möglich wegen der niedrigeren Beiträge, doch habe der Staatssekretär eine Kriegsmaßregel in Aussicht gestellt, wonach die Kriegsdienstzeit angerechnet werden soll.

Abg. **Sachse** (Soz.):

Es gibt immer noch Heereslieferanten, die die Arbeiterlöhne ungebührlich drücken. Manche Arbeiter erklären, lieber in den Schützengraben gehen zu wollen, als unter manchen Verhältnissen zu arbeiten.

Staatssekretär des Innern Dr. **Delbrück**:

Auf die vom Herrn Vorredner vorgebrachten Wünsche, die schon in der Kommission besprochen wurden, brauche ich wohl nicht einzugehen, und auf die Fülle von neuen Fällen kann ich nicht erwidern, da ich sie zum ersten Male höre.

Dann hat er über die allgemeine Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier und anderen Bezirken geklagt. In der Kommission ist ja schon mitgeteilt worden, daß der Handelsminister etwaigen Mißständen entschieden entgegentritt. Auch der Reichskanzler persönlich kümmert sich um diese Fragen. Soweit begründete Beschwerden vorhanden waren, wird ihnen abgeholfen. (Beifall.)

Ich bin überzeugt, daß der Vorredner nicht nur Abhilfe schaffen, sondern auch die von ihm vertretenen Bergleute beruhigen wollte. Hoffentlich ist ihm das gelungen. Immerhin sollte er gewärtigen, daß solche Ausführungen im Auslande, namentlich in England, wo die Verhältnisse im Bergbau ungünstiger liegen, falsch verstanden werden könnten. Es könnten Schlüsse gezogen werden, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Ich stelle deshalb noch einmal fest: Seit Beginn des Krieges haben alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer alle bestehenden Streitigkeiten und Streits eingestellt und arbeiten in vielen Zweigen friedlich zum Wohle des Vaterlandes zusammen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben in jeder Beziehung ihre vaterländische Pflicht erfüllt. (Beifall.)

In den verschiedensten Zweigen haben sich überall die Arbeiter mit Eifer und voller Hingabe ihrer Kräfte in den Dienst des Vaterlandes gestellt, Ueberschichten nicht gescheut, Verlängerung der Arbeitszeiten ertragen und Abweichungen von den zur Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter getroffenen Vorschriften willig geduldet, überzeugt, daß die Fortführung der Arbeit in dem Betrieb im unerläßlichen Interesse des Vaterlandes liege. Aus dieser Gesinnung heraus ist es überall gelungen, Differenzen über die Löhne aus der Welt zu schaffen. In der Mehrzahl der Fälle gelang es auch, eine Lohnfestsetzung zu erreichen, die der teuer gewordenen Lebenshaltung der Arbeiter Rechnung trägt. Der Vorredner meint allerdings, das sei im Bergbau nicht überall oder nicht genügend der Fall. Es ist schwer, in solchen Fragen zu einem Einverständnis zu kommen.

Im allgemeinen sind die Bergarbeiterlöhne, insbesondere der Häuer, ausreichend. Den zuständigen Behörden wird es gelingen, im Bergbau das zu erreichen, was auf anderen Gebieten errungen worden ist. Auf die Form kommt es dabei nicht an. Die muß uns jetzt gleichgültig sein. Es muß uns darauf ankommen, welcher Partei und welchem Stand wir auch angehören, daß die Verhältnisse so gestaltet werden, wie die Lage des Vaterlandes es erfordert. Die Arbeit im Bergbau ist eine vaterländische Arbeit und muß ebenso hoch bewertet werden, wie die Tätigkeit draußen im Schützengraben. Ich bin fest überzeugt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer bereit sein werden, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wenn meine Ausführungen im Anschluß an das, was der Vorredner gesagt hat, wie ich hoffe, dazu beitragen können, daß dies Ziel erreicht wird, dann wird auch die Rede des Abg. Sachse die von ihm erwartete Wirkung haben. (Lebh. Beifall.)

Die Besprechung wird geschlossen.

Abg. Graf **Westarp** (Kons.)

berichtet über die Beratungen der Kommission über die Aufstellung eines Kriegswirtschaftsplanes für das Erntejahr 1915/16. Bei den bisherigen Maßnahmen haben sich mancherlei Unzuträglichkeiten ergeben. Die Landleute klagen darüber, daß die Kartoffeln zu langsam abgenommen würden. Die Abschlachtung der Schweine hat ein gutes Ergebnis gehabt. Verschiedentlich werden Klagen über Wildschaden laut. Bei der Bewirtschaftung des neuen Erntejahres müssen mehr als bisher Landwirte zugezogen werden, und der Staatssekretär hat dies auch zugesagt. Die Vorschläge des deutschen Landwirtschaftsrats haben im allgemeinen die Zustimmung der Kommission gefunden. Einzelheiten, wie die Höhe des Zusatzes von Kartoffeln zum Brot und der Ausmahlung des Getreides, können erst nach dem Ausfall der neuen Ernte geregelt werden. Die Kontingentierung des Brotverbrauchs soll beibehalten werden, nur wurde eine verschiedene Bemessung der Mengen je nach Bedarf gewünscht. Der Getreidebedarf soll zunächst innerhalb der Kommunalverbände und der Provinzen erfolgen, und den allgemeinen Ausgleich soll dann eine Reichsausgleichsstelle bewirken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150530020/fragment/page=0002

Prima Wasserschläuche, Gummi-Hochdruckschläuche

Spritzen, Mundstücke, Schlauchverbindungen und -Verschraubungen, Schlauchrollen.
Reparaturen an gebrauchten Gummischläuchen.

Ferdinand Dehne Nachf., Gr. Steinstr. 15. Fernspr. 235.

Gummiwaren kaufe man in keinem Ramschgeschäft!

Abg. Wurm (Soz.):

Die Wünsche der Gewerkschaften und der Städte nach Höchstpreisen sind vergeblich gewesen; schließlich kamen sie, waren aber zu hoch. Man ging von dem Grundsatz aus: hohe Höchstpreise sind notwendig, um das Volk zum Sparen zu bringen. Das ließen sich die Landwirte nicht zweimal sagen. Am kennzeichnendsten ist die Lösung der Kartoffelfrage. Da hat man schließlich die Reichsstelle für Kartoffelversorgung geschaffen, die man im Volke „Reichsstelle für Kartoffelverteuerung" genannt hat, die hohe Liebesgaben für die Agrarier festsetzte und die Landwirte anreizte, möglichst lange mit ihren Vorräten zurückzuhalten. Das warme Wetter hat ihnen allerdings einen Strich durch die Rechnung gemacht. Aehnlich ist es bei Mehl und Fleisch gegangen. Die ganze Aktion ist eine Blamage der Verwaltungsbehörden, die wegen mangelnder Unterlagen zu falschen Maßnahmen kamen. Die Höchstpreise müssen herabgesetzt werden. Wir brauchen eine Reichslebensmittelstelle, wo alle Ernährungsfragen zusammenlaufen.

Was sind die hohen Gehälter bei der Kriegsgetreidegesellschaft gegen die Riesenprofite, die die Agrarier gemacht haben! Die Verwaltung der K. G. darf keine Ueberschüsse machen, denn wenn auch die Sorge für die Hinterbliebenen selbstverständlich etwas Gutes ist, so hat es doch keinen Sinn, daß die Aermsten der Armen das aufbringen sollen. Die K.G. muß ihre jetzige Preisermäßigung noch einige Wochen zurückhalten. Der Redner begründet dann einen sozialdemokratischen Antrag, die Höchstpreise für Getreide, Mehl, Brot und Kartoffeln sofort wesentlich herabzusetzen und für Hülsenfrüchte, Vieh, Fleisch, und Schmalz sofort niedrige Höchstpreise anzusetzen.

Abg. Fischbeck (Vp.):

Schon im Dezember sind wir für Getreidebeschlagnahme eingetreten. Es war ein Fehler, daß die K. G. die Mehlpreise nicht im rechten Verhältnis zu den Getreidepreisen festgesetzt hat und die Preisherabsetzung so spät erfolgt ist. Viele Klagen wären nicht vorhanden, wenn nur die Höchstpreise ernster durchgeführt wären. Die Regierung muß eine festere Hand zeigen. Eine Ermäßigung der Kartoffelhöchstpreise wird ohne Festsetzung einer Entschädigung für die Betroffenen nicht angängig sein. Für eine nichtfungible Ware, wie das Fleisch, ist ein Höchstpreis unangebracht. Unsere Organisation auf dem Lebensmittelgebiet erregt die Bewunderung der ganzen Welt.

Abg. Dr. Röficke (Kons.):

Der Bauer ist hier vom Abg. Wurm zum Prügelknaben gemacht worden. Wir protestieren dagegen. (Abg. Wurm: Ich auch.) Dann verstehen wir uns nicht. In deutscher Sprache bedeuten Spekulationsgier und Profitsucht herben Tadel, was um so unangebrachter war, als sich heute erst wieder der gemeinsame Wille zum Zusammenhalten gezeigt. Wir wollen dem Volk nicht das Brot verteuern und beklagen, daß die Maßnahmen so spät gekommen sind.

(Bei Schluß des Berichts dauert die Sitzung noch fort.)

Halle und Umgebung.

Halle. 30. Mai.

Ein Holländer über den gegenwärtigen Krieg.

Ein Brief aus Java.

Dem Direktor einer hiesigen Maschinenfabrik, die reiche Handelsbeziehungen zu Java besitzt, ist von einem dort lebenden Holländer ein interessanter Brief zugegangen, der um so eher Beachtung verdient, als der Briefschreiber, ein begeisterter Vorkämpfer für die deutsche Sache im fernen Osten, dort monatlich „Kriegsberichte aus deutschen Blättern" in holländischer Sprache herausgibt, in denen die englischen und holländischen Lügenberichte den deutschen Berichten gegenübergestellt werden. Der Verfasser, den ein objektives Urteil und eine scharfe Auffassung der politischen Verhältnisse auszeichnet, äußert sich folgendermaßen:

Soerabaya, 17. April 1915.

Lieber Herr H . . . . . .

Ihren langen Brief vom 9. März habe ich erhalten, bedaure aber, Ihren Brief von Weihnachten nicht erhalten zu haben.

Uebrigens war das Konsulat ganz orientiert über die Nachrichten. — Wie ich Ihnen schon schrieb, erhalten wir hier wieder regelmäßig den Ost-Asiatischen Lloyd, und dieser bringt die Generalstabsnachrichten via Newyork und Amerikanisches Kabel. China ist also mit Europa verbunden ohne englische Kabel.

Diese Woche habe ich tüchtig „schuften" müssen. Die Redaktion hatte Stöße von Zeitungen durchgelesen und das Material ausgesucht, da hieß es „an die Gewehre!" — den ganzen Stoß übersetzen und mit Randbemerkungen versehen. Gestern abend ging dann das letzte Stück zum Drucker für die „Oorlogsberichten uit Duitsche Bladen", — Aprilnummer. Das Büchlein wirkt doch schon. Die Zeitungen werden vorsichtig, allzudumme Notizen werden nicht mehr aufgenommen, und die deutsche Stimme wird mehr und mehr gehört. Die Holländer werden kritischer und glauben nicht mehr in dem Maße an Reuterberichte und dergleichen wie bisher.

Ich habe eine amüsante Entdeckung gemacht: der deutsche Tagesbericht (der Heeresleitung) ist direkt umgedreht und uns wird nun gemeldet: „Bei der Schlacht in der Champagne haben die Deutschen mit Riesenmacht schwache französische Truppen angegriffen und sind zurückgeschlagen. Verluste umgedreht." Das bringen wir aber in unserer Aprilnummer. — Man liest jetzt die Zeitungen mit einer Art Detektivgeist.

Daß Deutschland geschlagen wird, glaubt jetzt hier fast niemand mehr. Ich fürchte nur eins: Werden Sie mit den Nahrungsmitteln auskommen?

England muß ohne Gefühlsduselei und ohne Gnade attackiert werden, denn die Engländer sind keine Leute, die man mit Glacéhandschuhen angreifen soll.

Vaterlandsliebe? Ich habe noch nie gehört, daß ein Engländer von hier (Java) zum Kampfe nach Europa gezogen ist, ich kenne aber Dutzende von Fällen, daß die Deutschen für schweres Geld Pässe gekauft haben, um (sogar auf eigene Kosten!) nach Hause zu kommen. Ich kenne einen jungen Mann, der verkleidet als 80jähriger Greis durchgekommen ist und diese Rolle die ganze Reise hindurch tadellos gespielt hat. Er war Assessor im Radaut und soll leider jetzt gefallen sein. Ich weiß von Fällen, daß gebildete Leute als Kohlentrimmer die schrecklichste Arbeit an Bord, inmitten des Auswurfes der Menschheit und von Farbigen, auf sich genommen haben, nur um an die Front zu kommen. In Deutschland ist sicher sehr viel gekan, aber derartige Männer, die eine gefahrvolle Fahrt von fast zwei Monaten antreten, nur um Soldat zu sein, die haben unbedingt ohne weiteres das Eiserne Kreuz verdient.

Sollen die Belgier, die sich in Holland auf die faule Haut legen, sollen die Engländer, die hier in Indien und dort in England ihr beschauliches Dasein verleben, wo es doch nach ihren Worten gelten müsse, ihr Land von dem Untergang vor den Barbaren zu schützen, sollen diese es verdienen, den Krieg zu gewinnen?

Den „Glauben an das Recht zu siegen", haben eigentlich außer den Deutschen wohl nur noch die Franzosen. Der Franzose ist mir eigentlich nie sympathisch gewesen, — ich habe zwei Jahre unter ihnen gelebt und bin ihnen näher gekommen. Es ist schade, daß sie wahrscheinlich den größten Teil der Rechnung werden bezahlen müssen. Aber Deutschland wäre saudumm, wenn es sich etwa durch Gefühlsduselei würde abhalten lassen, mit diesem Feinde nunmehr einmal für alle Zeiten abzurechnen. Einen Krieg mit Frankreich und Rußland kann Deutschland nur diesmal noch gewinnen, sonst wohl nie wieder. Das russische Volk wächst und wird jedes Jahr stärker. Nach einem halben Jahrhundert werden die Kräfteverhältnisse zwischen Deutschland und Rußland zugunsten letzteres verschoben sein. Ein größeres Deutschland kann Rußland dann vielleicht wohl noch allein halten, nie aber ein Rußland mit Frankreich zusammen.

Glauben Sie dort daheim ja nicht, daß die Franzosen die Jahre 1870 und 1914 jemals vergessen werden, dafür hat dieses Volk viel zu viel Selbstüberhebung. Also, conditio sine qua non: Frankreich muß aufimmer aus der Reihe der Großmächte verschwinden, es darf als Militärstaat nicht mehr sein. Ein Frieden, durch den dieses Ziel nicht erreicht wird, ist der Anfang für einen nächsten Krieg, den Deutschland dann wahrscheinlich verlieren wird.

Wir hier im Osten lesen alle Zeitungen, wir kennen alle Völker, wir urteilen weit objektiver als die zu Hause. Die Chance, die Deutschland jetzt hat, die soll es ausbeuten bis zur Bewußtlosigkeit seiner Gegner. Je mehr die anderen geschwächt werden, um so länger werden sie es bleiben. — Die deutsche Lebensenergie ist groß genug, um sich von schweren Schlägen bald zu erholen. Darum „durch!".

Ich habe mit großer Freude die Feldpostkarten gelesen, die Sie mir sandten. Daraus atmet Bildung, Selbstvertrauen, Anstand und Aufopferungsmut. Ein Volk, das so zu danken versteht für ein paar lumpige Zigarren, das Volk wird nie dummdreist und übermütig. Das wird wissen, was es will.

Mit dem Fall von Deutschland wird die Menschheit fallen. Ich hoffe, daß das große Mißverständnis zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen ein für allemal ausgewischt ist, und daß die Preußischen Herrenhäusler nicht vergessen, daß nur unter Beihilfe der „Roten" der deutsche Willen zum Siege in London, Petersburg und Paris vorgeschrieben wird. Nicht jene sind das deutsche Volk, sie sind nur ein kleinster Bruchteil. Wie jetzt im Streite, sollten später im politischen und Erwerbsleben alle denken, daß sie mit anständigen Menschen zu tun haben, die einmal durch Erziehung und Interessenverfolgung sich zu abweichenden Meinungen bekehrten, aber doch Deutsche sind. Dann soll einmal die Welt kommen und versuchen, Deutschland herunterzuwerfen!

Der Deutsche ist nicht so rücksichtslos und egoistisch wie das führende Volk der Angelsachsen. Mit seinem Untersuchungssinn, mit seiner Gründlichkeit, mit seinem Sinne für Kunst, mit seiner Gedanken- und Hände-Arbeit wird er die Menschheit lenken und leiten müssen.

Die Fessel der Menschheit, der englische Türhüter auf dem Weltmeere, jenes Uebermaß von „haben", muß verschwinden. Den weißen Völkern stehen noch schwere Kämpfe bevor, denn Japan und China werden mit ihren riesigen Erdschätzen und Menschenmengen die Weißen nicht ungestört lassen. Da soll sich Europa einig gegenüber stehen. Die englische Politik nach dem Grundsatz „teile und herrsche" paßt aber hierzu nicht. Ein Volk, das zu den Kulturvölkern gezählt werden will und seine Politik mit Meuchelmord, mit Betrug und Lügen unterstützt, darf im Völkerkonzert niemals die erste Geige spielen, dazu ist es entweder noch nicht reif oder schon zu tief gesunken. Hier muß ein anderer als Kapellmeister auftreten, der dem Violinisten gründlich auf die Finger klopft, wenn er daneben streicht.

Und nun, lieber Herr H . . . . . ., Schluß. Ich habe mir das so vom Herzen heruntergeschrieben. — Apropos, die Deutschen sind doch ein so intelligentes und praktisches Volk, könnten sie denn nicht einmal ihre Sprache handlicher gestalten. Das wäre doch ein gefundenes Fressen für Ihre Schulmeister!

Herzliche Grüße, auch von meiner Frau, an Ihre Frau Gemahlin und Sie; auch Glückauf mit Ihrem Jungen, ich wünsche dem Burschen das Eiserne Kreuz!

Ihr X.

Die Hallische Bahn- und Terrain-Gesellschaft hatte im Jahre 1914 8031 Mk. (i. V. 9078 Mk.) Verlust, um den die Unterbilanz auf 46 820 Mk. steigt bei 1 600 000 Mk. Kapital. Im neuen Jahre wurden 10 000 Quadratmeter Fabrikgelände in Büschdorf verkauft.

Einen vaterländischen Familienabend veranstaltet der Francksche Jünglingsverein an St. Ulrich (Leiter Pastor Deinike) am 1. Juni, abends 8 Uhr, im Saal vom „Roten Roß", Leipziger Straße 76. An diesem Abend wird Herr Oberpfarrer Keller über „Preußens Heldentum vor hundert Jahren" und Herr Universitätsprofessor Dr. Sommerlad von ihm selbst verfaßte Kriegsgedichte vortragen. Außerdem gedenkt Frau v. Grace-Loewe Instrumentalmusik, Fräulein Weber neuere Kriegslieder und Herr Viol vaterländische Gesänge zu Gehör zu bringen. Der Stadtsingechor rahmt durch religiöse und vaterländische Gesänge die Feier ein.

Provinzial-Nachrichten.

Merseburg, 28. Mai. (Weitere 100 000 Mark Kriegskredite.) Der Magistrat beschloß, abermals 100 000 Mark Kriegshilfsgelder (für Aussahlungen der Familien-Unterstützungen usw.) bereitzustellen. Bisher haben die Stadtverordneten insgesamt 100 000 Mark bewilligt. Diese sind aber bald aufgebracht.

Eisleben, 29. Mai. (Verkauf von Fleischdauerware.) Heute, Sonnabend, nachmittag von 3 bis 6 Uhr findet in der Grabenschule der Verkauf eines Teiles der von uns beschafften Schweinefleischdauerwaren statt. Die Dauerwaren sind in verlöteten Dosen zu ½ Kilogramm enthalten. Schweinefleisch kostet 1,40 Mk., Knackwurst 1,40 Mk., Leberwurst 1,15 Mk., Rot- oder Blutwurst 1,15 Mk., Sülze 1,20 Mk. Mehr als 25 Dosen werden an eine Haushaltung nicht abgegeben.

Zerbst, 28. Mai. (Der Schrecken der Gemüsebauer,) die Maulwurfsgrille oder Werre, tritt nach dem trockenen Wetter der letzten Wochen in den Gemüsegärten sehr stark, in einigen Gegenden in geradezu bedrohlicher Weise auf und richtet in den jungen Anpflanzungen viel Schaden an. Namentlich da, wo die Reihensaat angewendet ist, findet man ganze Reihen von Mohrrüben, Gurken, Kartoffeln und anderen jungen Gemüsepflanzen durch die Maulwurfsgrille vernichtet, die, in langen Röhren dicht unter der Erdoberfläche weiterwühlend, die Pflanzen am Wurzelkopfe glatt durchbeißt. Auch die Spargelfliege und ihre Made treten in manchen Spargelanlagen sehr stark auf und richten viel Schaden an. Die davon befallenen Pflanzen müssen mit der Wurzel aus dem Boden gezogen und durch Verbrennen vernichtet werden. Der Kohlweißling tritt eigentümlicherweise bisher in hiesiger Gegend verhältnismäßig wenig auf.

Zerbst, 29. Mai. (Versteckte Getreidevorräte.) Nachdem schon vor kurzem ein Landwirt aus dem benachbarten Nedlitz wegen falscher Angaben über seine Getreidevorräte verurteilt worden war, hatten sich jetzt abermals fünf Landwirte aus Nedlitz, die Hafer bezw. Roggen und Roggenschrot verheimlicht und versteckt hatten, vor dem Schöffengericht hierselbst zu verantworten. Sie wurden zu Geldstrafen von 30 bis 70 Mk. verurteilt.

Erfurt, 28. Mai. (Todbringende Aufregung.) Ein Herr aus Saalfeld, der in Gemeinschaft mit seiner Frau am Mittwoch abend von Frankfurt a. M. aus in Neudietendorf eintraf, stieg dort, anstatt in den Saalfelder Zug, in den nach Gotha fahrenden. In Seebergen wurden die beiden ihren Irrtum gewahr. Beim Aussteigen brach der Mann, der sich besonders aufgeregt hatte, auf dem Bahnsteig zusammen und verstarb infolge Herzschlages auf der Stelle.

Salzbrunner Martha-Quelle
Natürl. Mineralwasser
Vorzügl. Tafelgetränk
Empfohlen vom Geh. Med. Rat Prof. Dr. E. Harnack.

BAD-NAUHEIM
am Taunus
Kurzeit: 16. April bis 15. Oktober. Bäder u. Trinkkur das ganze Jahr.
Hervorragende Heilerfolge bei
Herzkrankheiten, Rheumatismus, Gicht, Rückenmarks- und Frauenleiden, Krankheiten u. Erschütterung des Nervensystems, in der Erholung nach Verwundungen und Knochenbrüchen usw., besonders also bei den Folgeerscheinungen des Krieges
Für Feldzugsteilnehmer keine Kurtaxe und alle ärztlich verordneten Kurmittel frei.
Prospekte und alle Auskünfte kostenlos durch „Geschäftszimmer Kurhaus Bad-Nauheim".

Bad Nauheim
Empfehlenswerte Hotels und Pensionen in alphabetischer Reihenfolge:
Augusta Victoria Hotel
Autor's Hotel, früh. Prince of Wales
Bittong's Hotel, früher Hotel Bristol
Carlton Palast-Hotel
Eleonoren-Hospiz
Europäischer Hof Hotel
Holzwarth's Hotel, vorm. Bellevue
Homeyer's Privat-Hotel
Jeschke's (Grand-Hotel
Hotel „Der Kaiserhof"
Kirsch's Hotel
Hotel Metropole
Park-Hotel
Alleenhof Sanatorium Dr. Stam
Villa Bismarck
Kurheim Lindenhof
Villa Tielemann
Fremdenführer durch das Verkehrsbureau.

Kaffee Hag für die Verwundeten.

„In den militärischen Hospitälern haben wir es meistens mit solchen Kranken zu tun, deren Nervensystem durch Ueberarbeitung erschöpft, überregbar geworden ist. Das zeigt sich insbesondere in der Ueberhandnahme der Herzneurose. Wir müssen daher solchen Leuten tunlichst reizlose Kost verabreichen. In dieser Beziehung ist der Genuß von coffeinfreiem Kaffee Hag wichtig. Wir sind daher der Firma für den uns überlassenen coffeinfreien Kaffee zu großem Dank verpflichtet, da der Genuß desselben unseren Pflegebefohlenen nicht nur immer mundete, sondern auch weder deren Nerven noch auch ihr Herz nachteilig beeinflußt hat."

gez. Kaiserlicher Rat Dr. K., Spitalleiter, Wien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150530020/fragment/page=0003

Bad Orb

Die Krankheiten des Herzens und der Gefäße, deren Ursachen, deren Komplikationen.

Die an Kohlensäure überreichen radioaktiven Solsprudel von Orb, seine Lage in den Ausläufern des Spessarts in einem wald- und wiesengeschmückten Tale mit den günstigsten klimatischen Verhältnissen, seine an Kohlensäure und Lithion reiche Trinkquelle, die MARTINUS-QUELLE, als Kampfmittel gegen Ursachen und Folgen der Herzfehler und der Aderverkalkung: Gicht, Rheumatismus, Fettsucht, Diabetes, Blutstockungen in Lunge und Unterleibsorganen, Stockung des Gallenflusses, Magen-, Verdauungsstörungen machen das „Kleinod des Spessarts" zu einer Wallfahrtsstätte für Herz- und Gefässkranke, zu einem Heilbade für die vielfachen Ursachen und Komplikationen der Herzleiden. Versand der Martinus-Quelle: 30 Flaschen Mk. 18.— franko jeder Bahnstation. **Reiseweg von Wächtersbach (Frankfurt-Bebraer Eisenbahn) in 15 Minuten nach Bad Orb. — „Kurhaus: I. Hotel am Platze".** Prospekte und Auskunft durch die Kurdirektion.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 29. Mai. Der Wochenschluß brachte auf einzelnen Gebieten des freien Börsenverkehrs lebhaftere Betätigung als in den letzten Tagen. Neben den neuen erfreulichen Erfolgen an den Dardanellen trugen auch die günstigen Meldungen von den anderen Kriegsschauplätzen, sowie, als besonderer Anlaß, die außerordentliche Geldflüssigkeit zur Anregung der Geschäfts- und Privatkreise bei. Mit lebhafter Genugtuung wurde die gestrige Reichstagsrede des Reichskanzlers besprochen. In unseren einheimischen Anleihen herrschten rege Umsätze bei teilweise höheren Kursen. Unter den Industrieaktien zeichneten sich junge Erdöl-Aktien durch Lebhaftigkeit und kräftige Preissteigerung aus, auf die Ausführungen des Geschäftsberichts sowie infolge von Käufen interessierter Banken. Daneben wurden Hirsch Kupfer besonders begünstigt; ebenso zogen Sachsenwerk-Aktien merklich an. Gleichfalls bevorzugt waren Rheinmetall-Aktien, und von Montanwerten Phöniz, Oberkofs, Caro-Hegenscheidt und Bismarckhütte. Daimler Motoren- und Deutsche Waffen-Aktien dagegen ruhig. Von sonstigen Werten zeigte sich für Westfäl. Draht, Langendreer, Vogtländische Maschinen, Mix & Genest, Lorenz und Akkumulatoren-Werke Nachfrage bei meist gebesserten Preisen. Chemische Werte unverändert, auch Schiffahrtsaktien still. Russische Anleihen und russische Banken gaben etwas nach. Von Devisen gingen Holland, Nordische, Schweiz und Wien leicht zurück. Tägliches Geld zu 3 Prozent und darunter angeboten; Privatdiskont 3¾ Prozent und darunter.

Getreidebörse.

Berlin, 29. Mai. Bei wenig lebhaftem Geschäft war die Tendenz des Getreidemarktes wiederum sehr fest, da infolge Waggonmangel das Angebot recht klein war und das trockene Wetter die Kauflust anregte. Im Lokoverkehr wurde Ia Mais mit 611 bis 626, Mittelware zu 540—609 und Perlmais zu 615—640 Mk. gehandelt. Die Preise für ausländische Gerste stellten sich für feine Sorten auf 640—662 Mk., für Mittelsorten auf 635—642 Mk. pro Tonne. Die Preise für ausländische Kleie, Lupinen und Seradella waren unverändert. Das Geschäft in diesen Artikeln war sehr gering. Getreide blieb ohne Notierung. Wetter: schön.

Leipzig, 29. Mai. Weizen hiesiger: 280. Roggen hiesiger: 240. Gerste hiesiger: 281. Gerste rumänische: 630—650. Hafer inländ. 266. Mais rumän. 580—615. Rüböl 167 nominell fest und steigend. Wetter: Schön.

Reichsbank. In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank am Sonnabend besprach der Vorsitzende, Präsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. Havenstein, die Lage der Bank an der Hand des letzten Ausweises. Demnächst stimmte der Zentralausschuß der Auszahlung einer Abschlagsdividende an die Anteileigner der Reichsbank in Höhe von 1¾ Prozent zu. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß das bisherige Mitglied des Zentralausschusses, Eduard Woermann, Hamburg, seinen Austritt angemeldet habe. Eine Neuwahl wird im Anschluß an die nächstjährige Generalversammlung der Anteileigner stattfinden.

Stahlwerksverband. Die Mitglieder des Stahlwerksverbandes sind auf den 10. Juni zu einer Versammlung einberufen worden in der die Preise für Formeisen und Halbzeug für das dritte Vierteljahr 1915 festgestellt werden sollen. Während für Halbzeug eine Erhöhung der Preise wohl nicht beabsichtigt ist, erwägt man eine Erhöhung der Trägerpreise, und zwar zum Ausgleich für die erhöhten Vergütungen, die den Trägervereinigungen auf deren Antrag gewährt werden sollen.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 28. Mai. Weizen: Mai 171, Juli 126⅝, Sept fehlt. Mais: Mai 75⅛, Juli 76⅝, Sept. fehlt. Schmalz: Mai 9,72, Juli 9,85, Sept. 10,10. Pork: Mai 17,92, Juli fehlt, Sept fehlt. Rippen: Mai 10,45, Juli fehlt, Sept. fehlt.

Newyork, 28. Mai. Weizen: Mai 143, Juli 132¾. Kaffee Rio Nr. 7 loko 7⅛.

Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft Filiale Halle a. S. | Poststrasse 12. Fernsprecher Nr. 1382, 1383, 1692.

Bad Steben bei Hof
Kgl. bayer. Stahl- u. Moorbad
Saison 1. Mai - 30. Sept.
581 m über Normal-Null. Zwei an Eisen und Kohlensäure reichhaltige Mineralquellen von stärkster Radioaktivität, bei Blutarmut und Bleichsucht, Herz-, Nerven- und Frauenleiden, gichtischen und rheumatischen Erkrankungen. Neues Kurhaus und Wandelhalle, großer Kurplatz und Kurpark, waldreiche Umgebung. Prospekte und Auskünfte kostenlos durch die Königl. Badeverwaltung Steben.
Mineralmoor. Höhenklima.
Größte Erfolge

Prima verkehrsfreie **Torfstreu** Bruno Mandowsky, Cöln.

Reise-Plaids von 3 Mk. bis 24 Mk. Sporthaus **Julius Bacher,** Halle a. S. Leipzigerstr. 102.

Künzel's Schweissfuss-Balsam „Fuss-Heil"
1/1 Flasche Mk. 1.—. Ärztlich empfohlen. 1/2 Flasche 60 Pfg.
Sicherer Erfolg. Viele Dankschreiben.
Nachahmungen weise man zurück.
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Feldpostkartons
fett und wasserdicht, aus imprägnierter Lederpappe, das beste, was bisher geboten wurde (konkurrenzlos), sowie
Fliegenfänger, Schnürsenkel, Wäscheknöpfe, Schuhcreme, Kerzen, patriotische Kriegs- und Ansichtskarten
und sämtliche Spezialartikel für Händler und Hausierer. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Paul Lange, Halle a. S.,
Telefon 3477. Merseburgerstr. 168.
Kurzwaren engros.

Persil
wäscht schnell und leicht
Kinderwäsche
Henkel's Bleich-Soda.
Vertreter für Halle a. S.: Heinrich Krogmann, Halle a. S., Rudolf Haymstrasse 20, I.

Heiratsgesuch.
Suche f. m. Verwandten ev., Ende 30, gr. stattl. Erscheinung, Fabrikbes. in größ. Stadt Thür., in bestfund. finanz. Verhältn. altangesf. Familie mangels geeign. Damenbekanntsch. pass. **Lebensgefährtin** m. entspr. Vermögen und guten Charaktereigenschaften. — Vermittlung v. Angehör. erwünscht mit Angabe der genauen Verhältniss. unt. Beifügung des Bildes, welches zurückgesandt wird. Strengste Verschiegenheit zugesichert und verlangt. Off. unter **A. M. 36** a. d. Geschäftsst. des **Ronneburger Anzeigers** in **Ronneburg.** S.-Altbg.

Vermietungen.

Herrschaftl. I. Etage, Leipzigerstr. Nr. 70,
bestehend aus 10 Zimmern und Zubehör, 3 Aufgänge, im ganzen oder geteilt auch als **Geschäfts-Etage** sofort oder später zu vermieten.

Großer schöner **Laden** und Ladenstube event. mit Tresor sofort oder später zu vermieten Schulstraße 7.

Echt bayrische **Loden-Pelerinen** (wasserd.) für Herren, Damen u. Kinder empfiehlt sehr preiswert H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84

Freundliche **Wohnung** in günstiger Lage, Stadtmitte, Sonnenseite, 5 Zimmer, Küche, Speisekammer, Bad, Innenklosett, Bodenkammer und Keller zum Preise von Mk. 700 am 1. Okt. d. J. an ruhige Leute zu vermieten. **Neue Promenade 1,** III. r. Näheres Gr. Brauhausstr. 17, Druckerei-Kontor.

Echt bayrische (wasserdichte) **Loden-Mäntel** für Damen, Herren und Kinder, sehr praktisch und preiswert. H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr 84.

Offene Stellen.

Männliche.

Für Getreidegeschäft **Lagerist** mit Branchekenntnissen gesucht. Eventuell auch **Kontorist.** Offerten unter U. P. 6940 an **Rudolf Mosse,** Halle a. S.

Billige **Sandalen** in la. Leder für Kinder, Damen und Herren. Fechtstiefel, Badeschuhe, Badepantoffel. **Gesundheits-Zentrale,** Neumarktstr. 3—4.

Unterricht.

Straussche Privatschule
Unterricht im Schneidern und Schnittzeichnen für eigenen Bedarf. Barfüßerstraße 16, II.

Sommer-Unterzeuge in fein. Wolle, Maco u. Seide, **Nahtlose Unterhosen** (Reithosen) empfiehlt in grösst. Auswahl Sporthaus **Julius Bacher,** Halle, Leipzigerstr. 102.

Montags u. Donnerst. **Schlachtefest** bei **Bernhard Borgis,** Domplatz 10. Tel. 1333.

Die Sprache des Kleides berichtet jetzt auch vom Ernst der Zeit. Das Allzukokette, Allzufarbige ist unmöglich. Besten Rat, wie man sich jetzt am besten kleidet, gibt des Favorit-Moden-Album (nur 60 Pf.), Jugend-Moden-Album (60 Pf.) bei **W. F. Wollmer,** Gr. Ulrichstrasse 6-8

Urin-Untersuchung, chemische und mikrosk., sowie **Prüfung von Auswurf** auf **Tuberkelbazillen** fertigt gewissenhaft und billig **Apotheker C. Krüttgen,** Königstraße 24, Ecke Merseburgerstr.

Die neuesten, besten **Waschmaschinen** Stück 12 Mk. verkauft **Lessingstr. 6.**

Ziehung 8. bis 12. Juni, Coburger Geld-Lotterie
17,555 Geldgewinne zusammen M.
360000 100000 50000
Mangelgewinne
Lose à 3 M., Porto und Liste 30 Pf. extra, empfiehlt auch unter Nachnahme **Carl Heintze,** Hamburg, Alstertor.

Feuervergoldete und galvanisch vergoldete **Armreifen** fertige ich als **Kriegsandenken** in vielen verschiedenen Mustern an. Musterbücher mit Abbildungen stehen zu Diensten. Aufträge aus der Front werden ohne Vorausbezahlung ausgeführt. Es wird gebeten, diese Anzeige auszuschneiden und in die Front zu schicken. Juwelier **Tittel,** Abteilung für Kriegsandenken. Halle a. d. S., Schmeerstr. 12.

Kaufgesuche.

Wir kaufen Metalle zu **gesetzlichen Höchstpreisen** und zwar: Kupfer, Antimon, Messing und Bronze in Abfällen, Haus- und Küchen-Geräten, Figuren, überhaupt in jeder Beschaffenheit. **Metallwerke Oberspree G. m. b. H.,** BERLIN W 8, Taubenstrasse 21.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.
Obstverkauf.

Zum Verkauf des diesjährigen Fruchtanhangs der hiesigen Stadtgemeinde gehörigen Obstbäume an öffentlichen Straßen und Wegen ist Termin auf

Freitag, den 4. Juni 1915, vormittags 10 Uhr,

im Bureau V, Rathausstr. 19, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 47, anberaumt.

Bedingungen im Termin.

Die Ausbietung erfolgt in folgenden Abteilungen:

I. Lettinerweg, Verbindungsweg zwischen Dölauer- und Talstraße am Vorwerk Kreuz und in der Fiebigerschlucht;

II. am Beesenerweg, von der Artilleriestraße bis zur Kasseler Bahn; am Röpzigerweg.

Halle a. S., den 25. Mai 1915. **Der Magistrat.**

Warnung.

Durch zu hastigen und zu reichlichen Genuß eiskalter Getränke sind häufig Erkältungskrankheiten zum Teil nicht unbedenklicher Art beobachtet worden. Zur Verhütung von Gesundheitsschädigungen wird dringend davor gewarnt, Getränke aller Art kühler als in einem der Trinkwasser-Temperatur entsprechenden Wärmegrade von etwa 10 Grad Celsius zu genießen, oder in öffentlichen Ausschankstellen (Schankwirtschaften usw.) an das Publikum abzugeben.

Halle, den 26. Mai 1915.

Die Polizeiverwaltung.

Möbel-Verkauf.

Das zur Konkursmasse der Firma Robert Schumann in Leipzig gehörige Lager (bessere Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände, Stoffe, Decken und dergl.) sollen im Ganzen oder in einzelnen Garnituren u. Posten freihändig verkauft werden.

Schriftliche Gebote bis zum 5. Juni 1915 an den Unterzeichneten.

Besichtigung täglich 9 bis 1 Uhr und 3 bis 7 Uhr im Geschäftslokale Leipzig, Goethestraße 1.

Leipzig, den 29. Mai 1915.

Justizrat Dr. Konrad Hagen, Konkursverwalter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150530020/fragment/page=0004